



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 5. Dezember 2017  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

### **P 363 Postulat Arnold Robi und Mit. über die Sofortmassnahme „Stopp besoldeter Urlaube, Projekte und Arbeitsgruppen für die nächsten zwölf Monate“ / Finanzdepartement i. V. mit Bildungs- und Kulturdepartement**

Das Postulat P 363 und die Anfrage A 361 von Barbara Lang und Mit. über Projekte und Arbeitsgruppen im Bildungs- und Kulturdepartement werden als Paket behandelt. Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Robi Arnold hält an seinem Postulat fest. Barbara Lang ist mit der Antwort auf die Anfrage A 361 des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Robi Arnold: Obwohl das Postulat erst jetzt behandelt wird und der budgetlose Zustand inzwischen beendet ist, sind die Gegebenheiten immer noch sehr aktuell. Der Regierungsrat betont in seiner Stellungnahme, dass es keine Sofortmassnahme brauche, da infolge des budgetlosen Zustands nur unerlässliche Massnahmen bewilligt würden. Wie war das im Zusammenhang mit dem damals in der „Luzerner Zeitung“ publizierten besoldeten Urlaubstag für die Lehrpersonen zu verstehen? Kaum ist jedoch ein Budget vorhanden, kommen die Begehrlichkeiten, dies trotz der angespannten Finanzlage des Kantons. Wir können nicht nachvollziehen, dass in der „Luzerner Zeitung“ am 23. November 2017 vom zuständigen Regierungsrat bereits wieder Zugeständnisse für Lohnerhöhungen gemacht wurden. Auf der anderen Seite mussten die IPV-Beiträge zurückerstattet werden. Genau da beginnt das Misstrauen der Luzerner Bevölkerung gegenüber der Regierung. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Barbara Lang: Es ist auffallend, dass die Antwort der Regierung nur in Richtung Schulentwicklung geht. Die Einführung des Lehrplans 21 enthält viele versteckte Projekte. Somit ist sicher, dass in diesem Bereich auch finanzielle Mittel fliessen. Medienbildung, Medienkompetenz, Informatik, Tastaturschreiben – das geht alles nur online. Die entsprechenden Geräte müssen gekauft werden, was bei den Gemeinden für Kosten sorgt. Auch gibt es für neue Lehrmittel in den Fächern Natur, Mensch und Gesellschaft Anschaffungskosten. Im Fach Mathematik werden die Lehrmittel angepasst, vermutlich müssen die Gemeinden für die entstehenden Kosten aufkommen. Was ist mit der frühen Sprachförderung und mit der Schulverwaltungslösung, welche bereits in Pilotschulen geprüft wird, oder mit dem Schwimmunterricht? Das alles soll kostenlos zur Verfügung stehen? Laut Tätigkeitsbericht 2017 der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) ist es ein hochgestecktes Ziel der Innerschweizer Kantone, Volksschule und Sportförderung koordiniert weiterzuentwickeln. Aus meiner Sicht lösen all diese Projekte enorme Kosten aus.

Josef Schuler: Der Postulant fordert, weitere Sofortmassnahmen zu prüfen, besoldete Urlaube zu sistieren sowie Arbeits- und Projektgruppen zu überprüfen und nur die

„lebensnotwendigen“ weiterzuführen. Man möchte also im Bildungssektor eine Palliativ-Care einführen, eine Sterbebegleitung. Das will wohl kaum jemand. Nur noch lebensnotwendige Massnahmen durchzuführen, kommt einer Bankrotterklärung gleich. In seiner Stellungnahme weist der Regierungsrat darauf hin, dass sowohl Urlaube als auch Weiterbildungen restriktiv geregelt seien. Eigentlich sollten wir diese Massnahme nicht unterstützen. Wer glaubt, dass die Einführung des Lehrplans 21 kostenneutral vor sich gehen kann, der irrt sich. Wir müssen auch weiterhin in die Bildung investieren. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Ali R. Celik: Ich verstehe nicht, was Barbara Lang mit ihrer Anfrage erreichen will, und gehe deshalb auch nicht weiter darauf ein. Das Postulat von Robi Arnold fordert im Bildungsbereich weitere Einsparungen während der nächsten zwölf Monate. Es ist nicht nachvollziehbar warum Robi Arnold an seinem Postulat festhält, obwohl die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung die Lehrpersonen massiv belastet, alle vorgesehenen Kürzungen erreicht wurden und jetzt ein genehmigtes Budget vorliegt. Die SVP sieht nicht ein, wie weit sie mit dem Abbau im Bildungsbereich geht. Wir alle in diesem Parlament wissen, dass die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der massivste Eingriff im Personalbereich war. Die Lehrpersonen im Kanton Luzern wurden infolge des KP17 mit der Arbeitszeiterhöhung übermässig belastet. Auch sonst wurden im Bildungsbereich viele Kürzungen vorgenommen. Verdienen die Lehrpersonen für ihre Arbeit keine Würdigung? Brauchen sie nicht normale Bedingungen für das Unterrichten unserer Kinder? Sollen die Lehrpersonen nicht gerecht behandelt werden? Solche Vorstösse lösen nur weitere Unruhen aus. Die Grüne Fraktion lehnt das Postulat ab.

Claudia Bernasconi: Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wie die Regierung in ihrer Stellungnahme erklärt, ist ein Stopp der Weiterbildung kontraproduktiv und kann über die Dauer nicht als Sparmassnahme erachtet werden. Das Postulat war bereits in der September-Session traktandiert. Mit der Annahme von Budget und AFP hat sich das Geschäft erledigt.

Claudia Huser Barmettler: Die Ausführungen zur Anfrage A 361 sind klar und schlüssig. Es werden keine unnötigen Arbeitsgruppen geführt. Die Aufgaben werden durch Prioritätensetzung ohne separate Budgets realisiert, also gemäss unserem Auftrag. Zum Postulat P 363: Wie der Regierungsrat ausführt, dürfen im budgetlosen Zustand nur unerlässliche Ausgaben getätigt werden. Darunter fallen auch besoldete Urlaube. Da der Kanton wieder über ein gültiges Budget verfügt, sehen wir nicht ein, warum eine Praxisänderung notwendig sein soll. Wir erkennen keine Ausnützung von besoldeten Urlauben, und zudem wurde die Gesamtsituation im Rahmen des KP17 eingehend beleuchtet. Es braucht also keine weiteren Abklärungen oder Ausführungen. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat P 363 ab.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich nehme zuerst zum Postulat P 363 Stellung. Am Lehrerinnen- und Lehrertag in Sursee habe ich nichts anderes gemacht, als über den AFP zu informieren. Der AFP beinhaltet in den Jahren 2020 und 2021 eine entsprechende Anpassung im Bereich der Besoldung. Es hat sich also um kein Zugeständnis an die Lehrpersonen gehandelt, sondern lediglich um eine Information. Zur Anfrage A 361: Aktuell gibt es keine Projekt- und Arbeitsgruppen. Für die Programmierung der Schulverwaltungssoftware wurde noch nicht einmal ein Auftrag erteilt. Bei allem Verständnis für einen haushälterischen Umgang mit den Finanzen – die Welt verändert sich. Wir beklagen uns über einen Fachkräftemangel. Auch das ist ein Grund, warum die Schülerinnen und Schüler lernen müssen, mit digitalen Medien umzugehen. Es gibt keine Arbeits- und Projektgruppen mit externen Fachleuten. Unsere Antwort ist diesbezüglich klar ausgefallen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 74 zu 25 Stimmen ab.